

1.4.2022 - [Redaktionsmeldungen](#)

## **§ 219a, Eizellenspende, Ukraine-Krieg: Gewalt gegen Frauen und Leihmütter**

Die FamRZ verfolgt für Sie die Berichterstattung in den Medien zu aktuellen familienrechtlichen Themen. Einmal monatlich veröffentlichen wir auf famrz.de einen Überblick über die interessantesten Artikel – zum Weiterlesen, Diskutieren oder Wundern.

["Die meisten Probleme wird die Streichung von 219a nicht lösen"](#)

**ze:tt | Ulrike Lembke im Interview mit Nina Monecke**

Das Bundeskabinett hat am 10.3. den [Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Verbots der Werbung für den Schwangerschaftsabbruch \(§ 219a StGB\) beschlossen](#). Das reicht aber nicht, sagt die Juristin Ulrike Lembke: Abbrüche müssten raus aus dem Strafgesetzbuch. So könne sich die derzeit enorm schlechte und immer schlechter werdende Versorgungslage bessern.

[Eizellenspende: Die Legalisierung ist überfällig](#)

**Neue Zürcher Zeitung | Alan Niederer**

In Mitteleuropa ist die Schweiz zusammen mit Deutschland das einzige Land, das die Eizellenspende verbietet. Was im Inland verboten ist, darf sich die Frau im Ausland aber – ganz legal – besorgen. Diese Doppelmoral muss beendet werden, so Alan Niederer in seinem Kommentar. "Juristische Knacknüsse" seien kein Grund, die Eizellenspende zu verbieten.

[Gewalt gegen Frauen im Krieg: Wir brauchen eine feministische Außenpolitik](#)

Ukrainische Beamtinnen sowie die Parlamentsabgeordnete Maria *Mezentseva* erklären, dass Vergewaltigungen und sexuelle Gewalt an ukrainischen Frauen seit Kriegsbeginn zunehmen. Genau deshalb braucht es eine feministische Perspektive in der Außenpolitik, so die Kolumnistin des Spiegels.

### [Leihmutterschaft boomt in der Ukraine: Was passiert im Krieg mit den Frauen und Babys?](#)

**Redaktionsnetzwerk Deutschland | Susan Kersch-Kiebler im Interview mit Hannah Scheiwe**

Auch jetzt im Krieg tragen in der Ukraine noch Frauen Kinder für Paare aus, die auf normalem Wege kein Kind bekommen können. Susan *Kersch-Kiebler*, Gründerin einer Leihmutteragentur in der Ukraine, spricht über die Situation vor Or.